

Bericht an den Landrat des Kantons Basel-Landschaft

Bericht der: Justiz- und Sicherheitskommission

vom: 5. Mai 2009

zur Vorlage Nr.: [2009-031](#)

Titel: **Postulat 2006/156 von Siro Imber: Weniger Verkehrsanordnungen – mehr Sicherheit und Verantwortung**

Bemerkungen: [Verlauf dieses Geschäfts](#)

Links:

- [Übersicht Geschäfte des Landrats](#)
- [Hinweise und Erklärungen zu den Geschäften des Landrats](#)
- [Landrat / Parlament des Kantons Basel-Landschaft](#)
- [Homepage des Kantons Basel-Landschaft](#)



2009/031

Kanton Basel-Landschaft

Landrat

Bericht der Justiz- und Sicherheitskommission an den Landrat

zur Vorlage betreffend Postulat 2006/156 von Siro Imber: Weniger Verkehrsanordnungen – mehr Sicherheit und Verantwortung

Vom 5. Mai 2009

1. Ausgangslage

Der Landrat überwies am [30. November 2006](#) das Postulat [2006/156](#) von Siro Imber und beauftragte damit den Regierungsrat, zu «prüfen und berichten, ob eine Aktion 'Tafel weg' auch in unserem Kanton durchgeführt werden kann und inwiefern sich im Baselbiet ein schweizerisches Pilotprojekt von 'Shared Space' umsetzen lässt. Dabei sollen jeweils auch die Kosten und Einsparungen geprüft und aufgeführt werden.» Der Postulant verwies in der Begründung seines Vorstosses auf die «Tafel-weg»-Aktion des Kantons Aargau und auf das niederländische Pilotprojekt «Shared Space».

Der Regierungsrat berichtete in seiner Vorlage vom 3. Februar 2009, für die rechtliche Regelung der Strassensignalisation und -markierung sei in erster Linie der Bund zuständig. Es ist erkannt, dass eine Reduktion der Reglungsdichte eine Qualitätssicherungsmassnahme darstellt.

Als zumindest teilweise Umsetzung des «Shared-Space»-Konzepts bezeichnet der Regierungsrat die im Kanton bereits zahlreichen Tempo-30-Zonen und Begegnungszonen.

Nach einer «Abholzaktion im Schilderwald» im Oberbaselbiet im Jahr 2000 ist der Regierungsrat der Ansicht, eine spezielle Aktion sei nicht nötig, sondern das Signalisationsinventar solle weiter permanent überprüft werden.

Für detaillierte Ausführungen wird auf die Vorlage des Regierungsrates verwiesen.

2. Beratung in der Kommission

Die Justiz- und Sicherheitskommission behandelte die Vorlage an der Sitzung vom 27. April 2009 im Beisein von Stephan Mathis, Generalsekretär der Sicherheitsdirektion, und von Christoph Naef, Hauptabteilungsleiter Verkehrssicherheit der Polizei Basel-Landschaft.

Eintreten auf die Vorlage war in der Kommission unbestritten.

Christoph Naef erklärte, nach der wenig effizienten Aktion im Oberbaselbiet sei die Polizei jederzeit dankbar für Hinweise, wo allenfalls das eine oder andere Schild entfernt

werden könnte, und überprüfe dies dann von Fall zu Fall. Man müsse sich aber bewusst sein, dass hinter den meisten Schildern eine konkrete Verkehrsanordnung stünde. Die Begegnungszonen, die dem vom Postulanten angeregten «Shared-Space»-Konzept sehr nahe kommen, sorgten in der Praxis für einige Probleme: Viele Automobilisten hielten sich nicht an das grundsätzliche Vortrittsrecht der Fussgänger(innen); es sei noch sehr viel Informationsarbeit nötig.

In der Diskussion wurde festgehalten, das vermehrte nächtliche Gelb-Blinken an vielen Kreuzungen im Kanton sei ein Schritt in die richtige Richtung. Zwar sei es richtig und wünschenswert, im Strassenverkehr vermehrt auf die Eigenverantwortung aller Verkehrsteilnehmenden und auf den gesunden Menschenverstand zu setzen, aber nicht zuletzt zum Schutz von Kindern sei ein Mindestmass an Regelungen nötig, verfügen sie doch noch über wenig Erfahrung im Strassenverkehr und können bis zum Alter von 12 Jahren Distanzen nicht richtig einschätzen.

In einzelnen Voten wurde die Vorlage als wenig innovativ beurteilt; es wäre gern gesehen worden, wenn einmal ein wirkliches «Shared-Space»-Pilotprojekt umgesetzt worden wäre. Es wurde aber festgehalten, dass die Polizei keinen Forschungsauftrag erfüllen muss.

Es war unbestritten, dass es nicht Aufgabe des Landrates sei, der Verwaltung vorzuschreiben, wo und wie viele Schilder aufzustellen seien. Insofern spricht nichts gegen die vom Regierungsrat beantragte Abschreibung des Postulats.

3. Antrag an den Landrat

://: Die Justiz- und Sicherheitskommission beantragt dem Landrat einstimmig, das Postulat [2006/156](#) abzuschreiben.

Binningen, 5. Mai 2009

*Für die Justiz- und Sicherheitskommission:
Urs von Bidder, Präsident*